

Bergarbeiter-Zeitung

Organ des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands

Der Abonnementpreis beträgt monatlich 4 Mark, vierteljährlich 12 Mark; durch die Post bezogen monatlich 5 Mark, vierteljährlich 15 Mark. — Fests- und Geschäftsanzeigen jeder Art werden nicht aufgenommen.



Verantwortlich für den Inhalt: Karl Schenck. Druck: H. Hanemann & Co.; Verlag: Verband der Bergarbeiter Deutschlands, 4400 Bochum, Wiesenhauer Str. 38-42. Telefon-Nr. 88, 89 u. 90. Zeig.-Adr.: Altvorstand Bochum.

Imbusch und Genossen auf falschem Wege.

Bei der Erhöhung der Kohlenpreise ab 1. März 1922 sind für Abschreibungen zur Erneuerung und Wiederinstandsetzung der Werke 18 Ml. je Tonne Kohlen extra bewilligt worden. Die Arbeitnehmervertreter Husemann, Wagner und Werner hatten in der Sitzung des Reichskohlenrates am 27. Februar hierzu beantragt:

„Der für Abschreibungen vorgesehene Betrag von 18 Ml. je Tonne wird dem Reichskohlenverband überwiesen. Aus diesem Fonds werden den Bergwerksgesellschaften auf Antrag zum Ausbau der Werke Dotationen gegeben. Über die Gewährung der Darlehen, ob und in welcher Höhe eine Vergütung verlangt wird, entscheidet der Große Ausschuss des Reichskohlenrates in Verbindung mit dem Reichskohlenverband.“

Weil dieser Antrag mit allen gegen fünf Stimmen abgelehnt wurde, stimmten die genannten Arbeitnehmervertreter, außerdem von uns vom unserem Verband und Cbergberg vor dem Großarbeiterverband gegen die beantragte Kohlenpreiserhöhung. Hierzu bringt nun der „Bergknappe“ vom 15. April einen Artikel, beschriftet: „Sozialdemokratische Bemühungen um Schaffung einer Bürokratie in der Kohlenwirtschaft“, der nach Form und Inhalt auf Imbusch fälschlich läuft. Es ist doch recht gewagt, aus dem angeführten Antrag Bemühungen um Schaffung einer Bürokratie in der Kohlenwirtschaft heruleiten. Darauf haben die Antragsteller auch gar nicht gedacht; die Durchführung ihres Antrages wäre mit den vorhandenen Mitteln und Organen sehr wohl möglich gewesen. Der „Bergknappe“ lässt die Sache jetzt auch nur auf diesen Starren, um die ablehnende Haltung von Imbusch und Genossen zu decken.

In dem Artikel wird gesagt, Imbusch habe mit seiner ablehnenden Haltung nicht eine Kontrolle über die Verwendung der Gelder verhindern, sondern die Kohlenwirtschaft vor unnötigen Ausgaben und schweren Schädigungen bewahren wollen. Imbusch habe selbst die Einführung einer Kontrolle über die Verwendung der Gelder beantragt. Das alles sind freie Aussichten. Wenn Imbusch und Genossen eine wirklich wirkliche Kontrolle hätten haben wollen, dann müssten sie dem genannten Antrag zustimmen, weil jede andere Kontrolle mehr oder weniger unvollständig ist. Es hätte dazu keines größeren Beamtenapparates bedurft, noch brauchte Zeit verloren zu gehen mit der Geldbewilligung, wie es der „Bergknappe“ darstellt. Das alles sind willkürliche Kombinationen, die jeden Wirklichkeitssinn vermissen lassen. Die vorhandenen Mittel und Organe würden zur Durchführung des genannten Antrages ausgereicht haben.

Zweitmäßiger ercheint dem „Bergknappen“ folgender Weg: „Man lässt den einzelnen Werkverwaltungen das für Verbesserungen und Erneuerungen bestimmte Geld, mit der Verpflichtung, das Geld für den angegebenen Zweck zu verwenden. Den Werkverwaltungen muss die Verpflichtung auferlegt werden, über diese Gelder besonders Buch zu führen und nachzuweisen, wofür sie verwendet sind. Man könnte ihnen zur Bedingung machen, dass die Betriebsräte oder Betriebsausschüsse Einblick in diese Bücher nehmen können. Weiter könnte man eventuell vorschreiben, dass über diese Gelder auch in der Bilanz besonders zu berichten und dass ein Bericht über die Verwendung der Gelder an die Geschäftsführung des Reichskohlenrates einzufügen ist. Dann kann ohne Anstellung eines großen Beamteneheeres eine Nachprüfung über die Verwendung der Gelder erfolgen. Es ist auch die Gefahr ausgeschaltet, dass die Gelder zum größten Teil für die Besoldung überflüssiger Beamten und für andere neben der Sache liegenden Zwecke Verwendung finden.“

Den hier gezeichneten Weg hat Imbusch auch am 25. April in der Sitzung des Großen Ausschusses des Reichskohlenrates empfohlen, es wurde ihm aber entgegengehalten, dass die Werke danach ebenfalls noch die Möglichkeit haben, das Geld anders als zu dem gedachten Zweck zu verwenden, ohne dass es kontrolliert werden kann. Imbusch und Genossen haben sich also gründlich daneben gesetzt und stehen jetzt keinen Ausweg. Die Lohnspielerstücker des „Bergknappen“ könnten über diese Tatsache nicht hinwegsehen. Einen Weg, wie die Abschreibungen und ihre Verwendung kontrolliert werden sollen, haben sie bisher nicht gefunden. Imbusch mag sich für seine Person darüber mit seinen vermeintlichen Witzen trösten. Der Sache ist damit nicht gedient.

Es kommt noch hinzzu, dass die gut und schlecht rentierten Werke jetzt gleichmäßig den gleichen Betrag von je 18 Ml. für die Tonne Kohlen für Abschreibungsziele erhalten. Weil die Abbauverhältnisse aber sehr ungleich sind, liegt in dieser Gleichmäßigkeit die höchste Ungleichheit. Zechen wie Consolidation, Dahlbusch, Deutscher Kaiser, Königsgrube, Köln-Meissen, Neu-mühl, Prosper, Rheinpreußen, Zollverein usw. können infolge ihrer besonders günstigen Abbauverhältnisse ohne diesen Betrag die nötigen Abschreibungen machen, während es andere Zechen selbst mit diesem Betrag nur schwer können. Wir denken daran, dass allein Dingen an die südlichen Standzechen, die mit recht schwierigen Abbauverhältnissen zu kämpfen haben. Diese müssten höhere Zuschüsse haben, während andere Zechen ohne oder mit niedrigeren Zuschüssen auskommen können. So hatten es sich unsere Vertreter gedacht, aber Imbusch und Genossen dachten und handelten dem entgegengesetzt. Infolgedessen wird der Zweck, der erreicht werden sollte, nicht erreicht.

Bei der von unseren Vertretern beantragten Regelung hätte sich die Kontrolle mit den vorhandenen Mitteln und Organen schon deshalb leicht durchführen lassen, weil die Abbauverhältnisse der eingezogenen Zechen bekannt sind. Jetzt aber ist das unmöglich. Gut und schlecht rentierte Zechen erhalten den gleichen Betrag und können ihn beliebig vertwinden, ohne dass es kontrolliert werden kann, selbst wenn ein großes Beamtenheer dazu angestellt wird. Imbusch und Genossen mögen sich drehen und winden wie sie wollen, an dieser Tatsache kommen sie nicht vorbei. Sobald der Kohlenmangel sich behebt und der Wettbewerb mit der Auslandskohle eintritt, werden zudem die Zechen mit ungünstigeren Abbauverhältnissen am schwersten zu kämpfen haben und vielleicht zum Erliegen kommen. Für alle erkennbar wird es sich dabei zeigen, wie falsch der Weg war, den Imbusch und Genossen gegangen sind. Mit Schnoddrigkeit und vermeintlichen Witzen wird man sich dann der Verantwortung nicht entziehen können.

r. r.

Die Verdammten dieser Erde.

In früheren Jahren haben wir öfter über die elenden Zustände, unter denen die Bergarbeiter Siziliens und Gardiniens zu leiden hatten, berichtet. Nach dem Kriege war ein Aufschwung in der italienischen Arbeiterbewegung eingetreten. Es hatte sich ein Bergarbeiterverband gebildet und diesem gelang es, eine große Zahl der sizilianischen Schwefelgrubenarbeiter zu organisieren und für sie bessere Verhältnisse zu schaffen.

Doch nicht lange dauerte dies. Die industrielle Krise und das dadurch hervorgerufene starke Arbeitsangebot benutzten die Unternehmer in Italien dazu, die Löhne zu drücken und die Arbeitszeit zu verlängern. In ihrem Beginnen fanden sie Hilfe bei den Faschisten, welche die Bergarbeiter bedrohten. Angestellte der Arbeiterbewegung nichts durch Meuchelmord auf die Zeche brachten und einen solchen Terror ausübten, dass es die Bergarbeiter in Sizilien nicht mehr wagten, ihrer Organisation anzugehören, sondern sich bedingungslos dem Unternehmertum unterwarfen. Kein Wunder! Sind sie doch durch die frühere elende Lage derart entkämpft und willenslos gemacht, dass jeder starke Widerstand sie dazu bringen müsste, die Bewegung, welche ihnen Besserung bringen wollte und konnte, zu verhindern. Sie müssen nun ihre Willensschwäche schwer büßen. Eine Schande ist es für die Industrialisation, die mit den Schwefelgrubenarbeitern in Sizilien umgegangen wird. Die Worte Dante's, die er in der Göttlichen Komödie als Ueberherrschaft des Höllenportals gesagt: „Chi qui entra, lascia fuori tutti la sua speranza!“ (Wer hier eintritt, lasse alle Hoffnung draußen!) wören viel besser als Überschrift an den Grubeneingängen der sizilianischen Schwefelgruben angebracht.

Das Blut streut einem zum Herzen, die Hände ballen sich zu Faust, wenn man von dem Elend vernimmt, unter dem heute unteritalienische Kameraden leiden! Dort sind wieder Arbeitszeit und Arbeitsverhältnisse vorherrschend wie vor 20 Jahren und wie damals führt die Schwefelgrubenarbeiter ein Leben wie in der Höle. Schlechte Entlohnung, ungenügende Ernährung und lange Arbeitszeit! Dabei eine Gasentzündung und eine Wöhrne in den Gruben, doch die Hauer gezwangt sind, bald nach zu arbeiten, und die kleinen Carusi nach die Körbe mit dem Schwefelmineral ans Tageslicht schaffen.

Die Arbeiter aller anderen Industrien in Italien haben den Arbeitstag. Die Schwefelgrubenarbeiter arbeiten zwölf Stunden. Viele von ihnen aus der Umgebung der Gruben gehen Montag morgens vom Hause fort und kehren erst am Samstagabend wieder zurück. Während der ganzen Woche bleiben sie in der Grube, essen und schlafen dort vor ihren Arbeitsorten, ohne sich Hände und Gesicht waschen zu können, weil es an Wasser fehlt. Wie müssen da die körperlichen und moralischen Eigenschaften dieser Arbeiter sein, die über 100 Stunden in der Woche in der Grube bleiben? Die Schwefelgrubenarbeiter, welche sich den „Urus“ lassen können, einmal am Tage einen Schlüssel voll Pasta (Kugeln) zu essen, in Wasser getoxt, ohne Zeit zu haben, werden dort benötigt. Wie traurig das Los dieser Armen ist und wie folgamt sie sind, selbst da, wo der Tod ihre Kameraden dahinstreift, zeigt sich, wenn Besuch der Staatsinspektoren kommen. Auf Befehl vermauern sie dann die Galerien, um, wie gefragt wird, Brönden zu erschließen, während da vorher noch Kameraden beschäftigt waren. Hauer und kleine Schlepper im jugendlichen Alter von weit unter 15 Jahren, die dann dort ihr Grab finden. Das geschieht, damit der Grubeneigentümer nicht die ungeheuren Wohlstände bemerkt, zum Profit des heiligen Kapitals. So wird das Gesetz ausgelöscht zum Schutz der Kinder in der Erde mit tausend Geistlichen, die Erwachsenen töten können! Nie ist ein Gesetz mehr mit Füßen getreten wie dieses.

kleine Kinder — nichts anderes sind es! — von sechs oder sieben Jahren arbeiten noch dort unten in dieser Höle zwölf Stunden ununterbrochen. Nicht der Eltern der Mutter allein, die ohne Ernährung ist, kann sie zu dieser Höllenarbeit bringen — nein, der Roang der Autorität ist es, der sie dort hält. Wie lange wird das Martyrium dieser kleinen noch dauern? Wie lange wird man noch die Fortsetzung dieser Kinder dulden? Wie lange wird man noch das Gesetz derart überschreiten lassen? In Italien weiß sonst kein Staatsautorität sehr gut, ihren Gesetzen Geltung zu verschaffen, wenn es sich darum handelt, Arbeiter dazu zu zwingen, die Gesetze zu eichen; aber für die Industriellen scheint dort kein anderes Gesetz zu bestehen als das: „Scheichert euch!“ Was fragen sie nach dem Leid der kleinen, was danach, dass deren Körper verkrümmt, was danach, dass die kaum 16-jährigen Kinder schon aussiehen wie Greise, wenn nur der Profit groß ist? Der kleine Caruso, wenn bald seine Schicht beendet ist, wenn bald seine zwölf Stunden herum sind, ist müde und matt. Unter dem schweren Gewicht, das er zu tragen hat, fällt er hinunter in die Tiefe und die Grube ist sein Grab. Bleibt er am Leben — wenn man ein solches Leben noch Leben nennen kann —, so ist trostloses Brot und schlechtes Wasser seine Ernährung.

Wie lange noch soll dieses dauern? — so fragen wir mit unseren italienischen Kameraden alle diejenigen in Italien, die noch Menschlichkeitssinn besitzen, so fragen wir mit dem Intern. Arbeitsamt. Schändlich ist denn die englischen Industrieherrn, welche dort die Gruben ausbeuten, nicht, dass sie, die man doch Angehörige einer Kulturation nennst, in Urus und Wöhrne dahinschwelgen, während in ihren Gruben Kinder langsam zugrunde gehen oder unter schweren Lasten tot niedersinken?

Der italienische Bergarbeiterverband wird von neuem versuchen, den sizilianischen Bergarbeitern zu helfen. Er kann keine Angestellten in Sizilien halten, da Meuchelmord nachts für ihre Befestigung sorgen würden. Von Siena aus, wo der Verbandsitz ist, müssen Propagandisten nach Sizilien gemacht werden. Doch der italienische Bergarbeiterverband ist arm; von früher 20 000 Mitgliedern ist er auf 9000 zurückgegangen. Ihm fehlt es an Mitteln, in Sizilien die Agitation zu entfalten, die so hochnotwendig ist, um Tausende von Kindern vor dem schweren Ende zu retten.

Die Arbeiter der anderen Länder, besonders die Bergarbeiter, müssen ihnen hilfreich zur Seite stehen. Schon hat der Deutsche Bergarbeiterverband 7000 Lire zu diesem Zweck bereit gestellt; aus der Kasse des Internationalen Bergarbeiterverbands wurden 2500 Lire beihilftig. Die Kameraden der anderen Länder werden sicher auch ihre Hilfe nicht versagen.

Nicht allein in Italien muss das Verbrechen an der Kindheit an den Granger gestellt werden. Durch alle Länder muss ein Schrei des Entsezens gehen, so dass endlich das Verteilungsmittel gezwungen sein wird, aufzuhören mit dieser Ausbeutung auszuhören mit dem sizilianischen Kindermord. Nirgends mehr wie in Sizilien sind die Worte angebracht: „Wacht auf, Verdammte dieser Erde!“

Tonne. Dazu fäumen die Mehreinnahmen für die alten Kohlenbestände, für die noch die niedrigeren Löhne gezahlt wurden und die im Ruhrgebiet allein über 1 Million Tz. betragen. Dadurch würde den Bechenbesitzern ein weiterer Extraprofit von ungezählten Millionen gesichert.

Die „Freiheit“ hofft uns ihre mangelnde Sachkenntnis durch diesen Artikel nicht zu beweisen brauchen, die war uns auch ohnehin längst bekannt. Allerdings davon, dass die „Freiheit“ nur behauptet, statt zu beweisen, sieht sie auch nicht der Abschaffung die Förderleistung ein. Die Abschaffung ist im Februar von 0,547 angegeben worden. Daraus ergäbe sich bei 40 Ml. Lohnnerhöhung eine Kohlenpreiserhöhung von 78,10 Ml. Dazu kommen 10 Prozent dieser Summe für Erhöhung der Beamtengehälter = 7,31 Ml., 6,5% Prozent für Materialeinsatz = 48,74 Ml. Das macht zusammen 129,15 Ml. Wenn man die noch wie die „Freiheit“ 11 Ml. für soziale Kosten hinzurechnen würde, dann ergäbe sich eine Summe von 140,15 Ml. Die Kohlenpreiserhöhung wäre somit nicht zu hoch, sondern zu niedrig bemessen.

Es ist selbstverständlich, dass die Werksvertreter alles daran setzen, um auf ihre Kosten zu kommen, und dass die Werke teilweise gut, teilsweise auch weniger gut abzurechnen haben. Das alles ist bekannt, rechtfertigt aber die rein gefühlsschwachen Behauptungen der „Freiheit“ nicht. Wenn man schon kritisieren will, dann muss man auch in die Dinge hineinschauen und darf sich nicht so bloßstellen, wie es die „Freiheit“ tut. Die Werksbesitzer werden allerdings dabei schmunzeln, denn die mangelnde Sachkenntnis der „Freiheit“ kann ihnen nicht gefährlich werden, sondern nur nützen.

Noch ärger stellt sich die „Freiheit“ bloß mit der Behauptung, durch die Mehreinnahmen für die alten Kohlenbestände würde den Bechenbesitzern ein Extraprofit von ungezählten Millionen gesichert. Abgesehen davon, dass die Kohlenbestände nur mit großen Verlusten gelöscht werden können, bedeuten die Mehreinnahmen infolge der Gehaltsverkürzung doch nicht mehr. Die durchschnittliche Lohnnerhöhung von 40 Ml. für die Bergarbeiter bedeutet doch auch nicht mehr. Haben die Bergarbeiter denn jetzt mehr, weil ihr Durchschnittslohn von 5,50 Ml. in der Vorriegszeit auf etwa 175 Ml. je Sicht gestiegen ist? Das ist eine Steigerung um etwa das 32fache, während die Preise ungleich viel stärker gestiegen sind. Die Bergarbeiter sind mithin nicht besser, sondern schlechter gestellt, wie in der Vorriegszeit, trotzdem ihr Lohn zahlenmäßig höher ist. Das gilt natürlich auch in jeder anderen Beziehung und sollte der „Freiheit“ bekannt sein. Gibt es für sie denn kein anderes Vergnügen, als sich derart bloßzustellen?

Die Preispolitik unserer Verbandsvertreter in der Kohlenwirtschaft ist nicht eingestellt auf Profitbedürfnisse, sondern sie suchen der Allgemeinheit zu dienen. Ohne Bergbau kennen wir nicht existieren, ganz gleich in welcher Form er betrieben wird. Wichtigster wie die Form der Produktion ist die Produktion selber. Der Bergbau muss daher die Mittel zugeschickt werden, die zur Erhaltung, Erweiterung und Zulassung von ausreichenden Löhnen notwendig sind. Die Werksvertreter behaupten immer wieder, dass das bisher nicht in ausreichendem Maße geschehen sei, so dass Erweiterungen, Neuanslagen, das Zeugen neuer Schäden usw. unterbleiben müssten. Wenn das wirklich so wäre, müsste es sich früher oder später rächen und niemand dürfte die Verantwortung tragen. Es ist nun bekannt, dass Erweiterungen und Neuanslagen nicht in ausreichendem Maße ausgeführt werden und das Zeugen neuer Schäden fast ganz ausgehortet werden. Über alles das steht die „Freiheit“ aber mit wortlosem Behaupten hinterweg.

Die „Freiheit“ hat sich auch noch nicht von der reichlich veralteten Aussöhnung freigemacht, dass von der Rolle aus die allgemeine Preisentwicklung reguliert werden könnte. Und doch haben sowohl die Bergarbeiter wie auch der Bergbau diese Aussöhnung zuerst genug bezahlt müssen. Von April 1920 bis März 1921 wurden nämlich die Kohlenpreise auf Kosten der Bergarbeiter und des Bergbaus zwangsläufig stabilisiert, mit dem Erfolg, dass allein die Erhaltungskosten sich nach Colver weiter um 56,4 Prozent steigerten. Daraus ergibt sich einwandfrei, dass der Anteil der übrigen Wirtschaft nicht durch Bindung eines einzelnen Wirtschaftszweiges gesteuert werden kann. Ist es denn so schwer, das zu begreifen?

Unverblümt lässt die „Freiheit“ auch die Tatsache, dass im Kohlenbereiche 42,5 Prozent Steuern und 14 Ml. je Tonne für Wohnungsbau und Abgeltung von Lebensmittelkosten entstehen sind. Wenn man diese Beiträge abzieht, genügt die Kohlenpreissteigerung im Zusammenhang mit der allgemeinen Preisentwicklung schon ein anderes Gesetz. Es ist unbestreitbar, dass bei dem Kohlenmanagement die Kohlenpreise ohne Hemmung nicht nur mit der allgemeinen Preisentwicklung Schritt gehalten hätten, sondern darüber hinausgegangen wären. Dazu wäre selbstverständlich auch etwas mehr für die Bergarbeiter abgesetzt.

Unverblümt und unverblümt lässt die „Freiheit“ auch ferner die Tatsache, dass das, was aus den Kohlenpreisen eingeräumt ist, nicht der Allgemeinheit, sondern nur verhältnismäßig wenig Großbediensteten zugute kommt. Man nimmt eben jeden Preis, den man irgendwie bekommen kann, um beklommen und die Salzstiften. Glaubt etwa die „Freiheit“, dass z. B. die Landwirte ihre Produkte billiger verkaufen, wenn ihnen die Kohlen billiger oder gar umsonst geliefert werden? Über alles das sollte die „Freiheit“ einmal nachdenken, dann wird sie mit uns zu dem Schluss kommen, dass ihr Artikel weder ihrem Anschein, noch der Sache dienen kann.

Internationaler Gewerkschaftskongress in Rom, April 1922

II.

Am 22. April wurde als erster Punkt von Jouhaux - Frankreich das Thema: „Der Wiederaufbau Europas“ behandelt. Er wies darauf hin, dass das Elend in den Siegerstaaten noch größer sei als bei den Besiegten. Erstere leiden unter ungemeiner Arbeitslosigkeit, da sie nichts mehr exportieren können. Richtig ist, dass auf diesem Kongress nochmals stark hervorgehoben wird, was wir nach dem Kriegsschluss schon forderten. Die Beratungen in Genua dürfen nicht dazu führen, die Hegemonie der Kapitalisten zu stärken. Die Forderungen, die wir schon in Genua unterbreiteten und noch vorlegen, werden vorstellig sein. Ein Einbruch nicht verhindern, aber die Finanzmänner haben so großen Einfluss, dass alles, was dort geschieht, von uns mit offenen Augen verfolgt werden muss. Nicht Bedrückt und Unterdrückt darf es nicht geben, sondern Gleichberechtigung aller Völker. Politische Freiheiten und Rechte müssen nicht, wenn die wirtschaftliche Gleichberechtigung fehlt. Unsere Sicht ist es, vollständige Abteilung bei allen Völkern zu fordern und für die wirtschaftliche Regeneration einzutreten.

Leipziger Deutschland führt aus: Es ist uns Deutschen eine große Freude, dass wir mit den Ausführungen Jouhaux' vollkommen einverstanden sein können. Elend, Arbeitslosigkeit, Geldentwertung sind die Folgen falscher Politik. Wir sind der Meinung, dass es sich bei der Einigungspolitik um eine Pointe der Rache und des Hasses handelt, die aber mit die Arbeiter ihrer Länder trifft. Auf die Folgen dieser Politik haben wir schon in Paris 1921 hingewiesen. Wir haben davor gewarnt, es zu versuchen, von uns mit offenen Augen verfolgt werden muss. Nicht Bedrückt und Unterdrückt darf es nicht geben, sondern Gleichberechtigung aller Völker. Politische Freiheiten und Rechte müssen nicht, wenn die wirtschaftliche Gleichberechtigung fehlt. Unsere Sicht ist es, vollständige Abteilung bei allen Völkern zu fordern und für die neue Kohlenpreiserhöhung eine Mehreinnahme von 50 Ml. je Tonne der Bergarbeiter zu fordern. Diese Sicht ist richtig, denn die Bergarbeiter sind die wichtigsten Beschäftigten in Deutschland, wo keine Arbeitslosigkeit herrscht. Sozialer Wohlhabenstand vorliegt, vor dem von niemand mehr als von der deutschen Arbeiterschaft aufs schärfste betont wird. Bei der Arbeitserhöhung herrscht Verarmung, da die Löhne in Deutschland nicht der Preissteigerung alles dessen folgen, was zum Leben nötig ist. Unrichtig ist auch die weitere Behauptung, dass in Deutschland viele Bevölkerung beschäftigt seien. Noch herrscht Mangel an Kohlen sowie an

Möglichkeiten, die wegen der schlechten Valuta nicht eingeführt werden können. In den deutschen Familien fehlt es heute an Kleidung, Wäsche und Schuhwerk, da der Verdienst des Arbeiters nicht mehr zu Neuanfangungen reicht. Deutschland muss aber exportieren, weil es zur Bezahlung der Reparationslasten und zur Einführung von Rohstoffen ausländischer Gewerken bedarf. Wir erklären uns mit dem Wiederholer Abkommen einverstanden, wos nach nicht allein Unternehmer, sondern auch Arbeiter in der Reparationsfrage ein Wort mitzusagen hatten. Doch haben wir uns getäuscht; heute ist es wieder so, dass sowohl deutsche wie britische Kapitalisten ihre Profite aus der Reparation ziehen. Wir haben uns nur gegen die Schmuzkonkurrenz gewandt, da dadurch die Arbeitsfähigkeit in den Ländern, wos wir exportieren, noch größer wird. Doch die Politik der Ententeländer, die unsere Valuta immer mehr niederdrückt, trägt die Schuld daran, wenn das, was wir verhindern wollen, doch eintrete. Leipart zeigt dann an vielen Beispielen, wie sich die Lage nicht allein der Arbeiterschaft, sondern auch der Staatsfinanzvermögen verschärft hat, und beweist damit, dass es Macht der kapitalistischen Ententeländer ist, wenn behauptet wird, in Deutschland herrsche noch immer Wohlstand, und wenn es wolle, sei es hier jetzt, die außerlegten Verpflichtungen zu erfüllen.

Zöller (England) sagt, dass der Wiederaufbau notwendig schütziger sei als die Verständigung. Die Konferenz in Genf wird auch hier nicht die schaffen, was von so vielen erwartet wird, solange sich Amerika ausschließt. Die Arbeiter aller Länder müssen die Rechnung des Krieges bezahlen. In England sind über 2 Millionen Arbeitslose. Die Gewerkschaften haben keine Resolution über den Wiederaufbau, da alles aus was die internationale Arbeiterschaft fordern muss. Die Sicherung des Friedens ist die beste Größe für den Wiederaufbau.

Ein italienischer und ein dänischer Delegierter schließen sodann das Glend in ihren Ländern, entstanden durch die Kriegsfolgen. (Eine kurze Zusammenfassung des Beratungsergebnisses haben wir bereits vorheriger Nummer dieser Zeitung gebracht.)

Die längste Zeit nahmen in Anspruch die Aussprachungen über die Methoden, die in Zukunft zu ergreifen sind, um den Militarismus zu beenden und Krieg zu verhindern. Der Sekretär des Intern. Gewerkschaftsbundes, Edouard Hammel, die das Erziehungskomitee, das Krieg und Frieden ausübt: Übung und Krieg gegen den Krieg. Noch am 25. April trat der Redner aus allen Nationen auf die Bühne, um darzutun, dass sie bereit sind, jedes Opfer zu bringen, um in Zukunft keinen Krieg zu verhindern und dadurch Glend und Not von der Arbeiterschaft fernzuhalten. (Das Manifest zur Befreiung jeder Kriegsgefangenen haben wir schon an anderer Stelle abgedruckt.) Es wurden ferner Resolutionen angenommen, die besagen, dass die internationale Arbeiterschaft bereit ist, jedes Mittel zu ergreifen, um Kriegsausbrüche zu verhindern.

Am 26. April wurde über die weitere Anstellung von Streitkräften für den Intern. Gewerkschaftsbund verhandelt. Wenn es gelingt, sämtliche kriegerische Personen zu finden, sollen Streitkräfte angestellt werden, gleichberechtigt mit den zwei heute vorhandenen, wenn nicht, sollen Hilfsstreitkräfte angestellt werden.

Es sondert sich die Wahl des Vorsitzenden statt. Bis jetzt war im Bureau kein deutscher Vertreter. Oudegeest (Nederland) schlug das nach, bis dies nachahmt. Das jetzige Bureau sei insgesamt dafür. Das alte Bureau bleibt in seiner bisherigen Zusammensetzung bestehen, dazu kommt Leykhardt (Deutschland). Im Erziehungskomitee sollen für Deutschland Strackmann, als Stellvertreter Aufhäuser fungieren. Als internationale Sekretäre werden Hammel und Oudegeest wiedergewählt.

Der nächste Internationale Gewerkschaftskongress soll in Wien stattfinden.

Zum Referat Martens (Belgien) über "Reaktion und Aktion" wurde folgende Resolution angenommen:

Der am 20. April 1922 und folgende Tage in Rom stattfindende Kongress des Intern. Gewerkschaftsbundes, der sich aus 107 Delegierten zusammensetzt, die die Landeszentralen von Deutschland, Großbritannien, Frankreich, Italien, Österreich, Belgien, Tschechoslowakei, Polen, Schweden, Dänemark, Norwegen, Holland, Spanien, Schweiz, Ungarn, Lettland, Jugoslawien, Luxemburg und Bulgarien vertreten, der im Namen von insgesamt 21 Millionen organisierten Arbeitern spricht und an dem Vertreter der folgenden internationalen Berufsvereinigungen teilnehmen: Transport, Berg-, Metall-, Fabrik-, Land-, Tiefbaubarbeiter, Privatangestellte und Techniker, Post-, Telegraph- und Telephonangestellte, öffentliche Betriebe, Holz-, Bauarbeiter, Schmiede, Buchdrucker, Buchdrucker, Leder-, Leinen- und Genußmittelarbeiter Stein-, Zobauarbeiter, Maler, Lithographen, Gutsmacher, Diamantarbeiter und Künstler erklärt, dass der Kampf gegen Militarismus und Krieg und für den auf die Verbesserung der Beller gegründeten Weltfrieden eine der Hauptaufgaben der Gewerkschaftsbewegung ist, die sich den Umturz des kapitalistischen Systems zum Ziel gesetzt hat.

Der Kongress beschließt noch einmal die Resolutionen über Krieg und Militarismus, die von dem am 22. bis 27. November 1920 in London abgehaltenen außerordentlichen Gewerkschaftskongress sowie vom der am 15. und 16. November 1921 in Amsterdam stattgefundenen Internationalen Konferenz des Bureaus des Intern. Gewerkschaftsbundes mit den Vertretern der Intern. Berufssekretariate der Transportarbeiter, Bergleute und Metallarbeiter angenommen wurden.

Der Kongress erklärt, dass es vor allem Pflicht der Gewerkschaftsbewegung ist, gegen jeden politischen und wirtschaftlichen Nationalismus zu kämpfen, ebenso wie gegen den Abschluss oder die Beibehaltung von Bündnissen oder von Vereinbarungen, die zu militärischen Aktionen nach gemeinsamem Plan führen können.

Der Kongress unterstellt die Bemühungen der internationalen Berufsorganisationen, die überall die Kontrolle der Fabrikation von Waffen und Artilleriematerial aller Art durchzuführen, diese Fabrikation einzudämmen und auf das Minimum für Zwischenbrauch reduzieren.

Der Intern. Kongress erklärt, dass die organisierten Arbeiter die Pflicht haben, allen in Zukunft drohenden Kriegen mit allen der Arbeiterbewegung zur Verfügung stehenden Mitteln entgegenzuwirken und den kriegerischen Ausbruch eines Krieges durch die Proklamierung und Durchführung eines internationalen Generalstreiks zu verhindern.

Der Kongress erklärt, dass die nach dem Kriege vom Proletariat erzielten geringen Vorteile nicht als ein Geschenk oder eine Belohnung seitens der Bourgeoisie betrachtet werden dürfen, sondern dass sie Rechte darstellen, welche die organisierten Arbeiter in hartem Kampfe erworben haben.

Der Kongress appelliert an alle Kopf- und Handarbeiter der ganzen Welt und fordert sie auf, sich ihren Landeszentralen und dem Intern. Gewerkschaftsbund anzuschließen. Er wendet sich besonders

an die Arbeiter Ruhrlands, Amerikas und der Länder des Fernen Ostens und fordert sie auf, unter Wahrung voller Unabhängigkeit durch die Schaffung einer einzigen Organisation des Weltproletariats die Einheitsfront zu verwirklichen.

Er stellt ferner fest, dass allein die Einheitlichkeit der proletatischen Organisation und Mitteln die revolutionären Kräfte überwinden und die Befreiung der Arbeiter vorbereiten kann.

Was die sofortige Befreiung der Interessen der Arbeiter und der sozialen Freiheiten betrifft, beschließt der Kongress, dass jede Landeszentrale das Bureau des Intern. Gewerkschaftsbundes über die Bage in ihrem Lande ständig auf dem Laufenden halten soll. Das Bureau wird dann zur moralischen und finanziellen Unterstützung der am schwierigsten bedrohten und am härtesten getroffenen Länder die erforderlichen Maßnahmen treffen.

Er beauftragt das Bureau des Intern. Gewerkschaftsbundes, an die industrialen und wirtschaftlichen Kopf- und Handarbeiter der ganzen Welt sofort ein Manifest zu richten und sie aufzufordern, sich der Gewerkschaftsinternationale anzuschließen, da dies eines der wichtigsten Mittel ist, um sich erfolgreich gegen die Angriffe der Reaction zu verteidigen.

Die Parole soll lauten: Verteidigung des Achtstundentages! Verteidigung der Sozialrechte! Verteidigung der errungenen Vorteile und Freiheiten!"

Jouhaux (Frankreich) geht auf die Auswandererfrage ein. Er schlägt die große und mit sehr erfolgreicher Hilfe, die durch starke Einwanderung für die dortigen Gewerkschaften eintritt. Über 50.000 Franzosen befinden sich in Frankreich, dazu hunderttausende von Spaniern, Polen und Tschechen. Es hätte sehr schwer, diese Leute zu organisieren und müsste hier der Intern. Gewerkschaftsbund helfen einspringen durch Propaganda, die von ihm aus zu betreiben sei.

Aus Georgien lief ein Telegramm ein, in dem gegen das Blutvergießen in Georgien protestiert wird. Russische Einwanderlinge sind in Georgien eingefallen. Sie wurden von den Bewohnern des Bergdistrikts Swendia zurückgeschlagen, doch ergreifen jetzt die Rote Heeristen die Offensive und den Krieg ist ausgebrochen. Die Georgier rufen beschlagnahmten Kongress, auf Moskau einzubringen, damit die russischen Truppen zurückgezogen werden. Es stehen ferner Begrüßungstelegramme aus Britisch-Indien ein, aus den Kreigsbeschädigungsorganisationen Deutschlands. — Es erfolgt sodann die Annahme der Resolution über "Krieg und Militarismus". Sie lautet:

Der am 20. April 1922 und folgende Tage in Rom stattfindende Kongress des Intern. Gewerkschaftsbundes, der sich aus 107 Delegierten zusammensetzt, die die Landeszentralen von Deutschland, Großbritannien, Frankreich, Italien, Österreich, Belgien, Tschechoslowakei, Polen, Schweden, Dänemark, Norwegen, Holland, Spanien, Schweiz, Ungarn, Lettland, Jugoslawien, Luxemburg und Bulgarien vertreten, der im Namen von insgesamt 21 Millionen organisierten Arbeitern spricht und an dem Vertreter der folgenden internationalen Berufsvereinigungen teilnehmen: Transport, Berg-, Metall-, Fabrik-, Land-, Tiefbaubarbeiter, Privatangestellte und Techniker, Post-, Telegraph- und Telephonangestellte, öffentliche Betriebe, Holz-, Bauarbeiter, Schmiede, Buchdrucker, Buchdrucker, Leder-, Leinen- und Genußmittelarbeiter Stein-, Zobauarbeiter, Maler, Lithographen, Gutsmacher, Diamantarbeiter und Künstler erklärt, dass der Kampf gegen Militarismus und Krieg und für den auf die Verbesserung der Beller gegründeten Weltfrieden eine der Hauptaufgaben der Gewerkschaftsbewegung ist, die sich den Umturz des kapitalistischen Systems zum Ziel gesetzt hat.

Der am 20. April 1922 und folgende Tage in Rom stattfindende Kongress des Intern. Gewerkschaftsbundes, der sich aus 107 Delegierten zusammensetzt, die die Landeszentralen von Deutschland, Großbritannien, Frankreich, Italien, Österreich, Belgien, Tschechoslowakei, Polen, Schweden, Dänemark, Norwegen, Holland, Spanien, Schweiz, Ungarn, Lettland, Jugoslawien, Luxemburg und Bulgarien vertreten, der im Namen von insgesamt 21 Millionen organisierten Arbeitern spricht und an dem Vertreter der folgenden internationalen Berufsvereinigungen teilnehmen: Transport, Berg-, Metall-, Fabrik-, Land-, Tiefbaubarbeiter, Privatangestellte und Techniker, Post-, Telegraph- und Telephonangestellte, öffentliche Betriebe, Holz-, Bauarbeiter, Schmiede, Buchdrucker, Buchdrucker, Leder-, Leinen- und Genußmittelarbeiter Stein-, Zobauarbeiter, Maler, Lithographen, Gutsmacher, Diamantarbeiter und Künstler erklärt, dass der Kampf gegen Militarismus und Krieg und für den auf die Verbesserung der Beller gegründeten Weltfrieden eine der Hauptaufgaben der Gewerkschaftsbewegung ist, die sich den Umturz des kapitalistischen Systems zum Ziel gesetzt hat.

Der Kongress beschließt noch einmal die Resolutionen über Krieg und Militarismus, die von dem am 22. bis 27. November 1920 in London abgehaltenen außerordentlichen Gewerkschaftskongress sowie vom der am 15. und 16. November 1921 in Amsterdam stattgefundenen Internationalen Konferenz des Bureaus des Intern. Gewerkschaftsbundes mit den Vertretern der Intern. Berufssekretariate der Transportarbeiter, Bergleute und Metallarbeiter angenommen wurden.

Der Kongress erklärt, dass es vor allem Pflicht der Gewerkschaftsbewegung ist, gegen jeden politischen und wirtschaftlichen Nationalismus zu kämpfen, ebenso wie gegen den Abschluss oder die Beibehaltung von Bündnissen oder von Vereinbarungen, die zu militärischen Aktionen nach gemeinsamem Plan führen können.

Der Kongress unterstellt die Bemühungen der internationalen Berufsorganisationen, die überall die Kontrolle der Fabrikation von Waffen und Artilleriematerial aller Art durchzuführen, diese Fabrikation einzudämmen und auf das Minimum für Zwischenbrauch reduzieren.

Der Intern. Kongress erklärt, dass die organisierten Arbeiter die Pflicht haben, allen in Zukunft drohenden Kriegen mit allen der Arbeiterbewegung zur Verfügung stehenden Mitteln entgegenzuwirken und den kriegerischen Ausbruch eines Krieges durch die Proklamierung und Durchführung eines internationalen Generalstreiks zu verhindern.

Der Kongress erklärt, dass alle dem Intern. Gewerkschaftsbund angehörigen gewerkschaftlichen Landeszentralen sowie die mit dem Intern. Gewerkschaftsbund verbündeten internationalen Berufsvereinigungen und ihre respektiven Organisationen die Pflicht haben, durch eine unter den Arbeitern der Rep. Böhmen in Wort und Schrift, ausgelöste Propaganda eine kräftige und unerbittliche Kampagne gegen den Militarismus zu führen und die Arbeiter für den Kampf gegen den Militarismus so vorzubereiten, dass sie willig und bereit sind,

jedem Appell an die Solidarität der Arbeiterklasse Folge zu leisten und wenn nötig, einem Aufruhr des Intern. Gewerkschaftsbundes im Falle einer tatsächlichen Kriegsgefahr durch sofortige Arbeitsniederlegung nachzukommen.

Der Kongress beschließt, das provisorische Komitee, das vom 15. und 16. November 1921 in Amsterdam abgehaltenen Kongress erkannt wurde und sich aus dem Vorstand des Intern. Gewerkschaftsbundes und je einem Vertreter des Intern. Gewerkschaftssekretariats der Transportarbeiter, Bergleute und Metallarbeiter zusammensetzt, als permanentes Komitee zu bestätigen. Der Kongress beauftragt dieses Komitee, die Propaganda gegen Krieg und Militarismus, welche von den verschiedenen Landeszentralen sowie den internationalen Berufssekretariaten und ihren angeschlossenen Organisationen geführt werden soll, aufrecht zu erhalten, zu leiten und zu unterstützen und alle nötigen Maßnahmen zu treffen, um die von diesem Kongress beschlossene Aktion und Propaganda gegen Krieg und Militarismus wirksam zu gestalten."

Gesetzrat Hammel (Holland) fordert sobald auf, weiter die hemmenden Ressourcen zu unterführen; das kleine Belgien hat allein bis heute 1.200.000 belgische Fronten durch die Arbeiterorganisationen gesammelt und dem Intern. Gewerkschaftsbund bei der Verteilung von Lebensmitteln usw. zur Verfügung gestellt.

Thomaz (England), Vorsitzender des Kongresses, erklärt, dass er zum Schluss den italienischen Kameraden für die Gossenglockenstadt aussuchen muss, für die Befreiungen und die freundliche Aufnahme. Er dankt ferner allen Mitwirkenden für die geleistete Arbeit. In der Verfolgung des größten Ideals sind wir alle einig. Dieses gilt der Befreiung des Proletariats der ganzen Welt aus den Fesseln des Kapitalismus. — Schluss abends 6 Uhr.

Aus der Tarifspraxis.

Über Haushaltshilfe und Haushaltsgeld

sollte ein gerechtes und beachtenswertes Urteil des Berggerichts Düsseldorf, Kammer V, unter Vorsitz des Bergrats Sommer v. — Der Bergmann August Duber legte gegen die Gossenglockenstadt Bergwerks-Aktiengesellschaft (Zeche Germania II-III) auf Zahlung des Haushaltsgeldes und Lieferung der Deputalkosten. Kläger ist schon seit mehreren Jahren Witwer und führt nach dem Tode seiner Frau seinen eigenen Haushalt weiter. Als ihn im Dezember 1921 seine Haushälterin verließ, stellte die Zeche die Zahlung des Haushaltsgeldes weiter. Als ihn im Februar 1922 seine Haushälterin weiter verließ, stellte die Zeche die Zahlung des Haushaltsgeldes wieder.

Der Kläger Duber wurde durch den Kameraden Krammer vom Verband, die Zeche durch Dr. jur. Vogt vertreten. Das Urteil ist vollständig zugunsten des Klägers aus. Auch müssen ihm die verbliebenen Schichten bezahlt werden. In der Urteilsbegründung heißt es:

Der Kläger fordert in seiner Klage die Zahlung von Haushaltsgeld für die Monate Januar—Februar und März 1922 und die Lieferung eines Wagens Haushaltshilfe für Monat März 1922. Der Kläger macht geltend, dass er einen eigenen Haushalt führt. Er bewohnt mehrere Zimmer, habe eigene Möbel und viele familiäre Wohngüter, die auch in seiner Wohnung aufzurichten, in seiner Wohnung ein. Bei der Instandhaltung der Wohnung beklagt er sich der Hilfe einer Nachbarin, die er häufig bezahlt. Dass er zurzeit keine einzige Haushälterin habe, sei nur ein vorübergehender Zustand. Er habe nicht sofort nach dem Fortgang seiner Haushälterin eine geeignete Persönlichkeit finden können und er beschäftigte in ehemaliger Zeit, sobald die nötigen Papiere in Ordnung seien, wieder zu betreiben.

Nach dem Tarifspruch des zur Schlichtung der Tarifstreitigkeiten im rheinisch-westfälischen Steinbergbergbauamt auf Grund des § 28, Absatz 2 der Verordnung vom 28. Dezember 1918 zusammengetretener Schlichtungsausschusses vom 19. Oktober 1920 erhalten Haushaltshilfe befreiende Arbeit und alleinige Ernährer im Sinne des § 8 Abs. 3 des Tarifvertrages. Nach § 8 des Tarifvertrages erhalten befreiende Arbeit und alleinige Ernährer die Menge Haushaltshilfen zu einem angemessenen Preis. Nach den prototypischen Erklärungen zum Tarifvertrag erhalten Biber und Gevelsberger Schmiede, die ihren eigenen Haushalt weiter führen, die Haushaltshilfen für den eigenen Bedarf weiter. Dass zur Weiterführung eines eigenen Haushalts als notwendige Voraussetzung eine Haushälterin gebürtig, bestimmt der Tarifvertrag nicht. Nur die Behauptung, es sei der Wille der Vertragsparteien gewesen, die eine zulässige Haushaltsgeldung nur solchen Willigen zugestehen, die eine zur Führung des Haushalts bestimmte Person anstellen, müsse die Bedeutung des Tarifvertrages erbringen.

Nach Ansicht des Gerichts führt niemand einen eigenen Haushalt, wenn er eine eigene Wohnung hat, in der er sich aufhält, kostet, ist und schläft, zum Unterschied von anderen alleinstehenden Personen, welche in einer fremden Wohnung wohnen und ihre Wohngüter entweder dort als Mietgänger, oder auswärts einnehmen. Die Frage, ob eine Sonderklasse besondere Haushälterin vorhanden ist, spielt dabei nur eine untergeordnete Rolle. Auch ohne ständige Haushälterin entfallen entgegen der Ansicht der Befragten bei Führung eines derartigen Haushalts durch Unterhaltung und Reinigung der Wohnung, Verschleiß und

Erfordernisse einer besonderen Uebung es gestatten, solche magnetische Besetzungen vorzunehmen. Mit diesen Apparaten lassen sich nicht allein Eisenzerze aussuchen, sondern überbaupt die Ausdehnung irgendeiner geologischen Schichten feststellen, sofern diese nur gegen ihre nächste Umgebung entweder schwächer oder stärker magnetisch sind. So hat Dr. J. Schulz von der Geologischen Bundesanstalt in Koslitz im südwestlichen Sachsen die Ausdehnung der Salzvorkommen mit großem Erfolg durch Benutzung der Schmidtschen Instrumente festgestellt, da das gänzlich unmagnetische Salz in eisenhaltige Sande und ähnliche Schichten eingelagert ist. Sämtliche Bohrungen sind bestätigt worden. Das ganze Feld wurde nunmehr aber auch für eine Schiefer untersucht, wo Bohrungen noch nicht heruntergetrieben sind. Die Erfahrung von Befragungen bedeutet unweitlich eine wesentliche Verbesserung.

VIII.
Um selbstreden User soll ich heute und so, die Wellen tragen ein geborntet Schiff. Auf Deck Lenin.
Der hält mit hartem Griff das Steuer, bes Schiffes Kurs ging in das offene Meer. Verdrosten muerten um ihn die Gesellen. Er aber sprach:
Viele Jahre sind verstrichen, seit wir den ersten großen Schritt gewagt. Wir hielten fest, was wir rasch erlitten. Wer keine Stunde, die wir nicht gelitten. Kein Bund, der Unschuld nicht vorausgesetzt. Was wir getan, war kein begütigt Volksingen, war Kampf mit hundert, tausend kleinen Dingen. — Nun soll ihr müde, seit verstritten, verdroffen. Was, Kameraden, meistert euren Sinn?
So stellt sich aus dem Kreise der Gesellen ein junger Kämpfer vor den Sünder hin und spricht: Wir waren dir ergeben, Dentin, wir sind es heut und morgen auch. Zur Arbeit und Schrotten ist das Leben. Doch zeige einen Weg, das wir nicht sollen dem Vampire, dem Schmarotzer, seinen Dauch.
Der Alte riecht die Sünde, und die Hand zeigt ruhig auf die Wellen ringsumher. Es leben blödig die Gesellen verstrickt. Und Dentin spricht und lächelt ob der Worte:
Gut verstricken wir nicht fern vom Strand. Ein Steuermann muss lenken und labieren, ein Philosoph führt wader auf den Sand. — Er schwieg. Die andern auch. Und leise schaukelnd nahm das Schiff den Weg den Osten zu hin in die offne See.

Dieses Schiff ist von Friedl & Co und in der Motor Yanne vom 27. Dezember 1921 erster erschienen. Wenn wir es nachdrücken, so geschieht es nicht aus Sympathie zum Sozialregime, sondern bestellt, weil darin eine Verstärkung der Widerstandsfähigkeit des Friedl-Kapitalismus liegt. Doch zeigt einen Weg darin, dass wir nicht führen dem Vampire, dem Schmarotzer seinen Dauch", ruft ein junger Geselle dem Sünder Dentin zu. Wenn ein deutscher Arbeitersöldner den Sünder eine solche Antwort erzielte, als es Dentin in dem Gedicht hat, würde er Friedl & Co nicht mehr.

Kohlenfahrt durch magnetische Messungen.

Die erfolgreiche Herstellung der magnetischen Messungen zur Kohlenfahrt gelingt es jetzt zweihundert Jahre eines kleinen Landes, bis Mitte vorigen Jahrhunderts der gewaltige industrielle Aufschwung ansetzte. Immerhin hatte eine Tradition, was mit großer Kraft und Geschick die Bergwerke und die Städte der Kohlenfahrt ausgebaut. Doch einige Jahrzehnte und diese Industriebezirke der Rhenania bis zum Rhein, bis zum Main, bildeten ein geschlossenes System, die Bergwerke und die Städte der Kohlenfahrt.

Zur Westfalen-Jahrschrift 1922, Herausgeber Professor Dr. Sch

Verbrauch von Hausrat usw. allerlei Kosten, die ein Stossgänger z. B. nicht hat. Dennoch besteht ohne Frage ein wenn auch geringer eigener Bedarf an Kohlen zum Kochen und Heizen der Wohnung. Im vorliegenden Falle kommt noch hinzu, daß aufgrund der unterdrückten Bevölkerung des Berges, dieser nur völkerberuhend ohne ständige Haushalterin ist. Die Voraussetzungen für den Bezug von Deputatkohlen — Witwer mit eigenem Haushalt und eigenem Bedarf — liegen also vor. Der Kämpfer war daher berechtigt, einen Wagen Deputatkohlen im März zu fordern, und die Bellagie verpflichtet, die Kohlen zum Bergmannspreise zu liefern.

Aus dem engen Zusammenhang zwischen dem obengenannten Schiedsgericht und dem Tarifvertrag und aus dem Umstände, daß in dem Schiedsgericht auf den Tarifvertrag (Kündigung) und insbesondere auf § 8 des Tarifvertrages Bezug genommen wird, sowie aus der Bezeichnung „Haustandsgebel“ (nicht „Frauengel“) ergibt sich, daß auch in dem Schiedsgericht der Begriff „verheiratete Arbeit“ in derselben Weise, wie im Tarifvertrag auszulegen ist, daß also auch Witwer, die ihren eigenen Haushalt weiterführen, als verheiratete Arbeiter angesehen sind und daher Anspruch auf Haustandsgebel haben. Diese Auslegung deckt sich mit der Aussage des Becherterverbandes, der in seinem Kündigungsbrief Nr. 120/20 vom 7. Dez. 1920 — G. R. II, A 3474 — ausspricht, daß das Haustandsgebel grundsätzlich allen denjenigen Arbeitern zusteht, die Anspruch auf Deputatkohlen haben. Dem Kämpfer ist deshalb das vorenthaltene Haustandsgebel nachzuholen.

Da der Kämpfer mit Rücksicht auf die Kosten nur einen Wagen Haustandskohlen eingezogen hat, daß die Bellagie Widerlage erhoben, mit dem Antrage, festzustellen, daß der Kämpfer keinen Anspruch auf regelmäßige Belieferung mit Haustandskohlen habe. Aus den oben angeführten Gründen war diese Widerlage abzuweisen. Der Wert des Streitgegenstandes der Widerlage wurde gemäß §§ 8 und 9 BGB. auf 18750 Mark festgesetzt unter der Annahme, daß der Kämpfer jährlich 40 Rentner Kohlen im Wert von 1500 Mk. benötigt.

Bon den Betriebsräten.

Der Eichweller Bergwerksverein

hat sich in seiner blindwütigen Bekämpfung der freigewerkschaftlichen Betriebsräte eine gründliche Blamage erworben. Wollte da auf der Grube Lauterweg unser Kamerad Simons aus Kohlscheidt seines Amtes als Vorsitzender des Betriebsrats. Simons ist ein ganzer Kerl, versteht seine Sache sehr gut, vertritt seine Belegschaft wie sich das gehört und hat auch allgemeines Volkswohl stets vor Augen. Dies brachte ihm schon manchen Strauß mit den Herren der Grube ein und diese sucht nun sieberhaft nach Gründen, um sich seiner zu entziehen. Endlich hat es geschappt. Am 5. April d. J. ging vom Eichweller Bergwerksverein folgendes Schreiben beim Vorsitzenden des Schlichtungsausschusses in Aachen ein:

Aus dienstlichen Absichten sahen wir uns veranlaßt, einen Wechsel in der Besetzung der Präsidialstellen des Zentralbüros einzutreten zu lassen, und teilen dies dem davon betroffenen Vorsteher Lusmeyer, Mitglied der Betriebsvertretung des Zentralbüros, Mitte vergangenen Monats mit. Einige Tage darauf teilte Lusmeyer in unserem Herrn Professor Dr. Knödel mit, er habe sich „bei deren“ lassen, beim Schlichtungsausschuss Einspruch gegen seine Versezung zu erheben und bat um Rat, auf welche Weise er dies wieder rückgängig machen könnte. In einer kurz darauf stattgehabten Unterredung mit Herrn Direktor Treutler gab Lusmeyer an, er selbst habe in der Angelegenheit nichts unternommen, doch habe der Betriebsrat von Lauterweg gemacht, er selbst habe das Einspruchsschreiben weiter verfaßt und unterschrieben. Zur Erklärung der Angelegenheit fanden wir unsere beiden Herren Bergassessor Schornstein und Professor Dr. Knödel zum Schlichtungsausschuss, welche sich dort die Akten vorlegen ließen und dabei feststellten, daß das Einspruchsschreiben von dem Vorsitzenden des Betriebsrats Lauterweg eigenhändig geschrieben und als Lusmeyer, Vorsitzender des Arbeiterrats des Zentralbüros, unterzeichnet worden war. Der Vorsitzende des Betriebsrats Lauterweg hat sich damit einer schweren Urkundenfälschung schuldig gemacht.

Weiterhin beschuldigen wir den Vorsitzenden des Betriebsrats, daß er während der ganzen Zeit seiner Tätigkeit im Betriebsrat die Pflichten vernachlässigt hat, die ihm gemäß § 66 des BAG. auferlegt sind, insbesondere, daß er das Einvernehmen zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer statt zu fördern zu erschüttern bestrebt gewesen ist. Wenn der Vorsitzende des Betriebsrats Lauterweg schließlich wie im vorliegenden Falle bauar übernahm, außerhalb der Grenzen seines Verantwortungsbereichs Streitfälle zu suchen und anzugehen und dabei selbst vor Urkundenfälschung nicht zurückgeschreckt, so bedeutet dies einen großen Verstoß gegen § 66 des BAG. und macht ein weiteres Zusammenarbeiten zwischen Betriebsleitung und Betriebsrat im Sinne des BAG. unter dem Vorst. von Simons zur Unmöglichkeit.

Demnach beantragen wir gemäß § 39 des BAG. der Schlichtungsausschuss wolle das Erlösen der Mitgliedschaft im Betriebsrat des Hauers Leonhard Simons wegen groblicher Verleumdung seiner gesetzlichen Pflicht beschließen.

Eichweller Bergwerksverein, gez.: (Unterschriften.)
Was lag nun dieser Anklage zugrunde? Simons hat in seiner Eigenschaft als Vertrauensmann des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands auf Anordnung des Gewerkschaftssekretärs Domherr dem Arbeiter Lusmeyer eine Musterergabe für den Schlichtungsausschuss zu Hohen angefertigt. Der Arbeiter Lusmeyer, der, nebenbei bemerkt, vor Jahren einen schweren Unfall erlitten, verneinte irrtümlich die von ihm abgeschriebene Eingabe mit dem von Simons entworfenen Blatt bei der Abhandlung. Nachdem Lusmeyer später bemerkte, was ihm in der Auslegung unterlaufen versucht er vom Centralbüro in Kohlscheidt, wo er als Vorsteher beschäftigt war, seinen Irrtum gutzumachen. Bei diesem Versuch ist er mit dem Herrn Dr. Knödel zusammengekommen. Und hören wir den Arbeiter Lusmeyer selbst. Er schreibt:

Als ich nach Abholung des Schreibens an den Schlichtungsausschuss in Aachen und nach Abhandlung, desselben den mir unterlaufenen Irrtum bemerkte, ging ich direkt bei anderen Morgens zum Herrn Dr. Knödel und bat den selben, mir die Telefonnummer des Schlichtungsausschusses anzurufen. Auf die von Herrn Dr. Knödel mir mich gerichtete Frage, was ich mit dem Schlichtungsausschuss hätte, erwiderte ich, ich hätte in meiner Auslegung ein Schreiben an den Schlichtungsausschuss eingeschickt, das wollte ich gern vernichtet haben. Nachdem die telefonische Verbindung mit dem Schlichtungsausschuss durch Herrn Dr. Knödel hergestellt, kündigte er und als ich zu ihm kam, über gab mir Dr. Knödel den Hörer des Apparates und habe wohl in Gegenwart des Herrn Knödel den Schlichtungsausschuss mitgeteilt, was von mir angekündigte Schreiben entweder zu vernichten oder an mich zurückzuschicken. Die Angabe von Dr. Knödel, wonach ich ihm erklärt haben soll, ich hätte mich befreien lassen, ist direkt unwahr.

Die Geschichte mit dem Telephongespräch wird wohl den „pflichtigen“ Herren des Eichweller Bergwerksvereins auf die Strümpfe gesessen haben. Die Sache lief jedoch nach W. Bisch aus: Denn erstens kam es anders und zweitens als man denkt. Dem Schlichtungsausschuss wurde nicht nur eine entsprechende Erklärung des Arbeiters Lusmeyer, sondern auch die verdeckte Eingabe vorliegt. Bei der Verhandlung am Schlichtungsausschuss stand sich ein Mensch, der den wohligen Sachverhalt anzugewiesen hatte, und die Vertreter des Eichweller Bergwerksvereins gegen die Bekämpfung, in Betracht prüftreicher Folgen, zurück.

Jeder blamiert sich selbst so gut er kann. Das eine ist aber sicher: noch einige solche Steinfälle der „pflichtigsten“ Beamten des Eichweller Bergwerksvereins und dieser wird sich einen besseren Erfolg suchen.

Aus der deutschen Arbeiterbewegung.

Das Süddeutsche Metallarbeiterseminar

Der Kreis der Metallarbeiter in Süddeutschland ist geeignet, in mehr als einer Begehung die allgemeine Aufmerksamkeit auf sich zu lenken. Einmal ist es die große Zahl der Streikenden und Ausgeverletzen, die Aufsehen erregt, zum andern der Streitgegenstand, die von den Unternehmen angekündigte Verschärfung der Arbeitszeit. Das momentan die Arbeiter den von den Unternehmen herausbeschworenen Kampf mit Interesse verfolgen, ist schilderberühmt. Verständlich ist auch, daß die kommunistische Presse, die aus allen Höhlen Honig saugt, den Metallarbeiterstreit dazu benutzt, ihre Sprüche herauszuladen. Sie kann zum einmal nicht anders; sie muß von der Erweiterung der Kampfsprüche leben, die allein die Garantie für ein erfolgreiches Ende des Kampfes bieten würde, das ist die Universalität, und sie weiß kein anderes. Daß die Gewerkschaftsführer, weil sie nicht nach kommunistischen Preisen tanzen, denn der „sozialen Jagd“ als Kürzel die Bergarbeiter-

werben, die „im Interesse ihrer Erfüllungs- und Kooperationspolitik den Achtkunderttag zu erfordern und eine neun-, zehn- und mehrstündige Arbeitszeit einzuführen“ bereit sind, wird dem offiziell erscheinen, der da weiß, daß die Herrschaften „im Interesse der Einheitsfront“ vollständig Verleumderpolitik machen müssen. Dafür werden sie ja mit dem verhängenden Kündigungskommando Gelben bezahlt.

Anderer sieht die Sache schon aus, wenn auch die Presse der USPD anfangt, in das Horn zu blasen, das die Kommunisten ihr hinhalten. Die „Freiheit“ gab in ihrer Nr. 195 schon den Ton an. Sie schreibt mit feinen Buchstaben: „Unserer Meinung nach hätte der ADGB jetzt die Aufgabe, alle gewerkschaftlichen Kräfte zu mobilisieren, den Kampf der süddeutschen Metallarbeiter weitgehend zu unterstützen und den Verlust der Unternehmer, der deutschen Arbeiterschaft eine längere Arbeitszeit aufzuzwingen und den Achtkunderttag zu befehligen, schon in seinen Anfangen einen Sieg vorzutäuschen.“

Die neue „Freiheit“-Redaktion sollte etwas vorsichtiger sein. Was sie verlangt, ist schließlich auch nichts anderes, als die kommunistischen Kräfte geforderte Erweiterung der Kampffront. Die Arbeiter werden es wenigstens so aussuchen. Selbst wenn das Mittel unverhältnismäßig wäre, hätte der ADGB, zu seiner Benutzung gar keine Vollmacht. Die Lohnbewegungen werden von den einzelnen Verbänden geführt. Sie allein, nicht der ADGB, tragen die Verantwortung für das, was unternommen wird. Und die, die dem Metallarbeiterverbund auf diese Weise zu Hilfe kommen wollen, leisten ihm einen schlechten Dienst. Es wird selbst wissen, was er zu tun hat. Seine Sache ist es, den ADGB anzurufen, wenn er es für notwendig hält.

In der Zeit des schweren Existenzkampfes, den jetzt alle Arbeiter durchmachen, sind falsche Parolen höchst gefährlich. Die Arbeiterprese sollte sich ihrer Verantwortung bewußt sein und nicht in den Tag hinein schreiben.

Nachrichten aus der Montanindustrie.

Deutschlands Kohlenversorgung im 1. Viertel 1922.

Das Statistische Reichsamt veröffentlicht die Produktionsziffern des deutschen Kohlenbergbaus in den Monaten Januar, Februar und März d. J. Danach wurden gefördert und erzeugt (in t.):

Deutsch. Reich	Steinkohlen	Braunkohlen	Koks	Steinkohlen	Braunkohlen
ohne Saargeb.	37 039 861	38 879 874	7 182 772	1 883 161	6 998 577
davon in Preußen	36 821 906	27 830 927	7 095 639	1 292 187	5 669 084
davon im O. W.	28 396 952	—	5 741 128	1 037 743	—
1. Vierteljahr 1921:					
Deutsch. Reich	35 477 907	30 072 172	7 115 047	1 377 654	6 478 123

1. Vierteljahr 1913:
D. Reich ohne Els.-Lothr. und Saargebiet 43 160 705 20 917 977 7 560 426 1 436 226 5 048 260

1. Vierteljahr 1912:

Deutsch. Reich überhaupt 47 558 449 20 917 977 7 991 860 1 426 226 3 048 260

Die Steinkohlenförderung Deutschlands hat sich also gegenüber denselben Monaten des Vorjahres um mehr als 1½ Millionen t. gehoben.

Deutschösterreichs Bergbau.

Im allgemeinen war 1921 in der geforderten Bergbaubranche Deutsch-Österreich eine gute Konjunktur. Gänzliche Produkte standen reichlichen Absatz. Wenn auch z. B. die Bergarbeiterunternehmer behaupteten, daß sie unter der Konkurrenz zu leiden hätten, so traf das nicht zu, weil trotzdem eine große Nachfrage nach Intanschokohle war und auch die Kohlenpreise am Schlusse des Berichtsjahrs um das Achtfache höher waren als zu Beginn des Berichtsjahrs. Stark wendeten sich am Schlusse des Jahres die Unternehmer gegen die weitere Aufrechterhaltung der staatlichen Kohlenbetriebsförderung. Sie jubelten tollig auf, als es ihnen gelungen war, daß die staatliche Bewirtschaftung der Kohle aufgehoben und die Preiskontrolle von Seiten des Staates weg war. Was die Kohlenproduktion selbst betrifft, so ist dieselbe bedeutend gestiegen. Im Jahre 1921 betrug die gesamte Kohlenproduktion 25 327 543 Meterzähler, also um 2 747 035 Meterzähler mehr als 1920. Da spricht man dann noch von Arbeitsunterschluß und vorübergehender Resistenz. Doch all diese Verdächtigungen nicht zutreffen, geht schon daraus hervor, daß trotz Streiks die Kohlenproduktion eine solche Steigerung erfahren hat. Daß diese Verdächtigung der Bergarbeiter Untruth ist, geht auch daraus hervor, daß z. B. die Kohlenproduktion im Dezember 1921 gegenüber November 1921 um rund 250 000 Meterzähler höher war. Da kann man nicht die Behauptung aussstellen, daß in einem Monat durch Erhöhung des Arbeiterslades eine Produktionserhöhung zu verzeichnen war.

Auch die Eisenproduktion ist im Jahre 1921 gegenüber 1920 um 8 Prozent gestiegen. Die gesamte Eisenproduktion betrug 620 000 t. gegen 485 000 t. im Jahre 1920. Die Eisenproduktion hätte noch gestiegen werden können, wenn man die nötigen Arbeitskräfte für den steirischen Erzberg bekommen hätte. Die Adria machte allerdings alle Anstrengungen, um Bergarbeiter aus allen Richtungen anzuwerben. Der österreichische Bergarbeiterverband hat gegenüber der Adria immer erklärt, man wird für den Erzberg so dann genügend Arbeitskräfte bekommen, wenn man menschenfürdige Wohnungen schafft und auch für eine anständige Erziehung sorgt, weil die Arbeit am Erzberg eine sehr schwere ist und auch eine gute Kleidung und Beschaltung voraussetzt, da die Bergarbeiter am steirischen Erzberg allen Witterungsunfällen ausgesetzt sind.

Auch Schiefer föllt war im Berichtsjahr gesucht. Es ist darüber ganz merkwürdig, daß der Schieferbergbau in Naintsch eingeschlagen wurde. Da muß unter allen Umständen die Betriebsführung nicht danach versuchen sein, um ihn aufrecht erhalten zu können. Das es so sein muss, geht schon daraus hervor, daß der Verein der Bergarbeiter Österreichs in seinem Geschäftsbericht 1921 selbst erklärt, daß Schiefer föllt annehmbare Preise verkaufte.

Die Magnesitförderung war gegenüber 1920 rechtlich beschäftigt. Das Produkt hatte reichlichen Absatz nach Deutschland, Jugoslawien, Rumänien, Italien, Frankreich, Belgien. Auch nach England und Amerika wurde Magnesit exportiert. Wie sehen also, daß die Magnesitindustrie ihr Produkt nach Ländern mit guter Qualität verkauft, was natürlich für die Unternehmer sehr profitabel ist.

Auch Talkum im Federberg, Granit, Asphalt, Gips und Baugut, Blei und Zink hatten reichlichen Absatz und ist es zu Absatzböschungen im Berichtsjahr nicht gekommen.

Die Eisen- und Stahlproduktion der Vereinigten Staaten hat sich im Februar 1922 beträchtlich erhöht. Siebzehn neue Fabriken sind angebaut worden. Gegenüber dem katastrophalen Produktionsrückgang Mitte 1921 ist der Anstieg der Produktion ein sehr bedeutender. Damals ist die Erzeugung auf ein Drittel und noch weniger der Stahlproduktion zurückgegangen, während im Februar sowohl der Eisen- wie in der Stahlproduktion mehr als zwei Drittel der Vorproduktion erreicht wurde. So scheint in den Vereinigten Staaten die Wirtschaftskrise — allerdings auf Kosten der Arbeiterschaft — ihren Höhepunkt überwunden zu haben, was doch die Eisen- und Stahlproduktion um zirka in Mitte 1921 gezeigt.

International Rundschau.
Sozialistische Gewerbeplattform in Rumänien.

Auf einer Grube bei Lupen ereignete sich am 20. April eine schreckliche Grubenexplosion, die durch Staubentzündung verursacht sein soll. Etwa 160 Grubenarbeiter kamen dabei um; 64 sind fast vollkommen verbrannt und 12 schrecklich verbrümt. Sechs Grubenarbeiter wurden schwer, fünf leicht verletzt. Gruppen beteiligten sich an der Rettungsarbeit. Bei Feststellung der Leichen spielten sich herzerregende Szenen ab. Der Minister für öffentliche Arbeiten begab sich nach Lupen, um die Organisation des Bergarbeiterstreits dazu zu benutzen, ihre Sprüche herauszuladen. Sie kann zum einmal nicht anders; sie muß von der Erweiterung der Kampfsprüche leben, die allein die Garantie für ein erfolgreiches Ende des Kampfes bieten würde, das ist die Universalität, und sie weiß kein anderes.

Daß die Gewerkschaftsführer, weil sie nicht nach kommunistischen Preisen tanzen, denn der „sozialen Jagd“ als Kürzel die Bergarbeiter-

werben, die „im Interesse ihrer Erfüllungs- und Kooperationspolitik den Achtkunderttag zu erfordern und eine neun-, zehn- und mehrstündige Arbeitszeit einzuführen“ bereit sind, wird dem offiziell erscheinen, der da weiß, daß die Herrschaften „im Interesse der Einheitsfront“ vollständig Verleumderpolitik machen müssen. Dafür werden sie ja mit dem verhängenden Kündigungskommando Gelben bezahlt.

Anderer sieht die Sache schon aus, wenn auch die Presse der USPD anfangt, in das Horn zu blasen, das die Kommunisten ihr hinhalten. Die „Freiheit“ gab in ihrer Nr. 195 schon den Ton an. Sie schreibt mit feinen Buchstaben: „Unserer Meinung nach hätte der ADGB jetzt die Aufgabe, alle gewerkschaftlichen Kräfte zu mobilisieren, den Kampf der süddeutschen Metallarbeiter weitgehend zu unterstützen und den Verlust der Unternehmer, der deutschen Arbeiterschaft eine längere Arbeitszeit aufzuzwingen und den Achtkunderttag zu befehligen, schon in seinen Anfangen einen Sieg vorzutäuschen.“

A. B.

Von den politischen Bergarbeitern.

In dem wichtigsten Kohlenbeden Dombrotow sind die Lohn- und Arbeitsbedingungen seit dem 6. Oktober 1921 durch einen kollektiven Arbeitsvertrag geregelt, der eine Reihe von Vorschriften, betreffend Bergarbeiter, Gruben- und Schließungsausschüssen, einem Erlass des politischen Arbeitsministeriums vom 10. Dez. 1919 entnommen hat.

Danach werden von allen Arbeitern und Arbeiterinnen einer jeden Gruppe für je sechs Monate Vertragsleute gewählt, und zwar einer auf je 100 Beschäftigte. Die Wahl ist direkt, geheim und nach dem Prozess, wobei jeder Teilnehmer so viele Stimmen abgeben kann, als Vertragsleute zu wählen sind. Sie erfolgt unter Aufsicht der Gewerkschaften. Wählbar sind alle Beschäftigten, die ein Alter von 21 Jahren erreichen. Diese Vertragsleute haben die Aufgabe: die Verbildung zwischen Arbeitern und Grubenausschüssen zu bilden, insbesondere Streitigkeiten oder Meinungsverschiedenheiten aufzulösen; diesen Ausschüssen alle Ursachen des Förderungslösanges zu melden; die Regelmäßigkeit und Intensität der Arbeit in der Grube zu überwachen; gemeinsam den Grubenausschuss zu bilden. Besondere Entschädigung erhalten sie nicht.

Aus den gewählten Vertragsleuten bestimmen die Vorschränke der Gewerkschaften die Mitglieder des Grubenausschusses

Lohn erhöhung nicht notwendig war oder dass sie zu hoch wäre, so ist es nicht zu verantworten, dass den Kranken ihre Beiträge nicht erhöht werden. Die Preisentwicklung der zum Leben notwendigen Bedarfssachen hat in den letzten Wochen angenommen, die geradezu bedeutsam sind. Eine einen Krankenbetrieb, der doch in erster Linie seinem Körper gute Nahrung zuführen müsste, ist es garnicht möglich, auch das Existenzminimum zu beschaffen. Was kann man heute mit 48 Pf. anfangen? Sobald beträgt nämlich das Transengeld im günstigsten Falle für einen Krankenbetrieb ohne Kinder. Die Krankenhäuser nehmen die höhere Säße. So beträgt der Umsatz im städtischen Krankenhaus Dortmund 76 M. in der 3. Klasse pro Person und Tag, in Essen sogar 90 M. Wenn in einer Krankenanstalt solche Beiträge notwendig sind, um einen Kranken zu ernähren, wie soll da der Einzelne zu Hause mit 48 Pf. und weniger auskommen? Unser Vorstand hat deshalb am 27. April erneut eine Eingabe an die nachgehenden Stellen der Reichsregierung und des Reichstages gerichtet, in welcher diese dringend erachtet werden, der Eingabe vom 3. März genüg den Grundlohn anderweitig festzulegen. Hoffentlich wird man sich dieser dringenden Forderung nicht verschließen.

Erhöhung der Bedürftigkeitszulagen beim Brühlser Knappishäftsverein.

Auf Antrag der Verbandsräte des Vorstandes des Brühlser Knappishäftsvereins an den Verein für die Interessen der rheinischen Braunkohlenindustrie haben die Arbeitgeber beschlossen, mit Wirkung vom 1. Mai 1922 ab die von Betriebsseitseite gewährten monatlichen Bedürftigkeitszulagen wie folgt zu erhöhen: für Industriellen von 140 auf 200 M., für Witwen von 100 auf 200 M., für Waisen von 10 auf 80 M.

Aus dem Kreise der Kameraden.

Oberbergamtbezirk Dortmund.

Zum Tode unseres Kameraden Höhne

Laufen eine Unmenge Zuschriften aus Kameradentreinen ein. Beigleiter, Zahlstellen und einzelne Kameraden gedenken unseres großen Toten in warmherzigen Nachrufen. Leider gestattet es uns nicht der Raum unserer Zeitung, all diese Nachrufe zu veröffentlichen. Wir ersuchen deshalb die Einsender um Nachdruck.

Hättest du geschwiegen...

Den Besen wird noch die Lügengeschichte von der Einführung der Knappishäftschaft durch Unterhändler aus der Zeit Hugo (Buer) in Erinnerung sein. Gewissmach hatte die Geschichte kürzlich noch ein gerichtliches Nachspiel, wobei der Vater der damaligen Lügennachricht, der christliche Vertrauensmann Höhne, gründlich unter die Räder gekommen ist. Unser Kamerad Kloede zürzte jüngst mit dem Christen Höhne den Betriebsausschuss der Hugo Buer. Als Höhne sein unehrliches Spiel begann, sagte Kloede in einer Auseinandersetzung: "Ein Mann wie Höhne gehört nicht in den Betriebsrat; jedenfalls würde man in unserem Reben einen Mann wie Höhne nicht dulden, der, als er noch Mitglied der Sozialdemokratischen Partei gewesen sei, Parteidemokraten unterdrücken habe." Wegen dieser Ausweitung strengte Höhne Privatklage gegen Kloede an, die am 20. April vor dem Amtsgericht in Buer verhandelt wurde. Kamerad Kloede lehnte einen Vergleich ab und trat den Haftschwurbeweis an, der ihm auch gelungen ist. Das Urteil lautete auf Freispruch des Kameraden Kloede. Der Kläger Höhne zahlt die Kosten und trägt die Klagekosten. Ja, hättest du geschwiegen...

Unehrliches Spiel.

Meistere Deteranten des Verbandes schreiben aus der Zahlstelle Bodum-Hövel:

Von den linksstehenden Gruppen, den Syndikalisten, Unionisten usw. ist in letzter Zeit unter unseren Kameraden eine mahlende Hecke getrieben worden mit dem Ziele, dieselben unserem Verbande obrückig zu machen und in ihre Organisationen zu bekommen. Leider bleibt diese Hecke nicht ganz ohne Erfolg. Viele unserer Kameraden sind sich noch nicht darüber, dass diese Abschlüsse nur eine Schädigung ihrer eigenen Interessen bedeuten. Die Syndikalisten und Unionisten frohlocken zwar über ihren Erfolg der Arbeitersplitterung, sind aber selbst nicht scheinbar, draufsetzende Arbeitersplitterung, sondern eher vertreten. Sie können zwar läufig schimpfen, nörgeln und kritisieren, haben aber bis jetzt noch nicht den Schritt eines Beweises erbracht, dass sie es besser machen können. Denn was sollen die Vorwürfe: "Ihr Vertrüter", "Abdankungsrede", "Für Postenjäger" anders bedeuten, als die Kameraden in ihrer Überzeugung zu ihrem Verbande zu erütteln. Bis jetzt war es unser Verband, dem die Kameraden ihre Erfolge zu verdanken haben. Wer hat den Tarifvertrag geschaffen? Wer hat die ganzen Lohnherabsetzungen erkannt, wer hat den Urlaub herausgeholt? Wer haben die Bergarbeiter ihre ganzen Erfolge zu verdanken? In der Hauptsaale nur unser Verband. Und was haben die Syndikalisten und Unionisten erreicht? Sie haben durch ihre Berufspolitik die Kraft der Arbeiter geschwächt und damit die Position des Unternehmers gefährdet in einer Weise, dass dieses heute wieder so frisch und provozierend den Arbeitersforderungen entgegentritt. Dies ist der Erfolg der Arbeitersplitterer, der Maulhelden, die sich darüber entzücken und mit dem Wort "Einheitsfront" herumwerfen. Wenn dieses oder jenes noch nicht durchgeführt ist, sucht man die Schuld dafür dem Verbande zuschieben. Gewiss, Kameraden, es bleibt noch sehr viel zu wünschen übrig, dass wissen wir auch, und es werden von uns alle Anstrengungen gemacht, Kämpfe zu befechten, und noch mehr für die Kameraden herauszuholen. Unsere Kämpfungslinie muss aber bleiben: Errungenes festzuhalten und Verschlechterungen abzuwenden. Bei der Beurteilung über die Arbeitersplitterung und den Rausch des Verbandes muss sich unser Blick erweitern auf die allgemeinen Interessen der Bergarbeiter, und diese sind bis jetzt am besten verteidigt worden durch den Verband. Die kapitalistische Wirtschaftsordnung lässt sich nicht von heute auf morgen beseitigen, sondern die Umstellung der Wirtschaft bedarf einer viel gereiften Arbeiterschaft. Solche großen Probleme können aber nicht durch Schlagworte und Veranlassung mit Wünschen gelöst werden, dazu gehören volkswirtschaftliche Kenntnisse, Überlegung, Verstand und Kraft. Vor allem aber müssen sich die Kameraden frei machen von kleinlich-engerherzigten Anschwüren in ihrer Beurteilung und das groß: Ganze im Auge behalten. Der Verband ist heute das höchste Vollwert gegen das Gruberkapital, und eine Schwächung desselben heißt zugleich Schwächung der gesamten Bergarbeiterkraft. In Erkenntnis dessen darf man nicht austreten aus diesem oder jenem Grunde, selbst wenn Beitrags erhöhung notwendig ist, sondern man muss stärker, stärker als je zum Verbande holen, agitieren, die Schwächen aufzuläutern und vor allem dem schädigenden Treiben der linksstehenden Präzessendreher energetisch entgegenarbeiten. Also, Kameraden, zeigt, dass ihr Gewissensfalter, treue Mitglieder des Verbandes seid, dass ihr jederzeit den Verband gegen Angreife schützt und bestrebt seid, neue Mitglieder zu werden.

Unterstützung der Sozialen Justiz.

Nachdem die "Wirtschaftsfriedländer" drei Jahre völlig von der Bildfläche verschwunden waren, glaubte es keine, dass sie ihren Schuhputzanhänger zu dören und ihr gelbes Schild erheben zu können. Auf der Zeitung "Ratibus & Stimme" I-II verteilten die Gelben am 10. April ein Flugblatt und gelben Unterricht gegen die freien Gewerkschaften, an und für sich ein Ereignis, worüber man sich nicht aufzuregen braucht, denn die Arbeiterschaft fürchtet die "gelbe Gefahr" nicht. Wir treten der Offenheitlichkeit dieser Schuhputzblattverteilung nur deshalb mit, weil die Zentralverwaltung die Fügungen zur Verteilung stellte! Die Unterstalter müssen doch ein Lehnschiff an dem Gedanken der gelben Empfehlung lassen, denn für die Nazis geben sie doch keinen Frentag aus. Das Unternehmertum weiss schon, woraus es Kapital ziegen kann.

Oberbergamtbezirk Breslau.

Reiterlesungen in Katowitz.

Am Sonntag, den 30. April 1922, fand im großen Saale der "Rathausgärtner" in Katowitz eine Reiterlesung unseres Verbandes statt. Nachdem der Vorsitzende, Kamerad Franz, das Auditorium Breslau eröffnet, erging der Verbandsvorsitzende Fritz Hansen am 2. April zu einem Vortrag über die wirtschaftliche Lage und die Bergarbeiter. Leider ist es nicht möglich, den jetzt verfaßten, mit dem Beifall aufgenommenen Vortrag des Redners an dieser Stelle wiedergeben. Der Redner ging aus von der Wirtschaftslage, wie sie durch den Zeit-

vertrag von Versailles geschaffen wurde. Die Männer, die damals diesen Vertrag abgeschlossen, haben wenig Kenntnis der wahren wirtschaftlichen Bedürfnisse bewiesen. Die unzählbaren wirtschaftlichen Zustände sind nun mehr zu einer Höhe gediehen, dass, wenn es so weiter geht, Gefahr besteht, dass Europas Wirtschaft zugrunde geht. Sieger wie Besiegte leiden gleichzeitig darunter. Während Deutschland nicht genug Rohprodukte kaufen kann, um seine Industrie voll zu beschäftigen, haben andere Länder Überschüsse an diesen Produkten. Die Folge ist Arbeitslosigkeit. Im Bergbau wird diese noch verstärkt durch die Verpflichtung Deutschlands, an Frankreich viele Millionen Tonnen Kohlen zu liefern. Die Ammonium des Saargebietes auf 15 Jahre wurde mit der Festsetzung der französischen Bergwerke begründet. Frankreich sollte aus der Kohlenförderung dieses Gebietes entlastigt werden. Heute zeigt sich, dass die Saarbergarbeiter aus Mangel an Arbeit arbeitslos sind und ihnen Feierabende auferlegt werden, während man vom deutschen Bergarbeiter Überschüsse verlangt. Die Konkurrenz der Revolutionskohle in Frankreich und den übrigen Ländern hat aber auch noch eine Lohnreduzierung und Verschlechterung der Arbeitsbedingungen der Arbeiter zur Folge.

Um aus diesem wirtschaftlichen Wettbewerb herauszulommen, wurde die Genoa-Konferenz einberufen. Es waren jedoch dabei, allzu große Hoffnungen auf diese Konferenz zu setzen. Einen Ausweg aus dem gegenwärtigen wirtschaftlichen Wettbewerb könnte es nicht geben, wenn sich die Völker dazu entschließen, den Chauvinismus abzubauen und einen wahren Frieden untereinander herzustellen. Gerner ist es notwendig, dass sich die internationale Arbeiterschaft untereinander verständigt und das Band, das uns bereits jetzt umschließt, noch fester knüpft. Heute muss leider gesagt werden, dass in den anderen Ländern die Macht der Arbeiterschaft längst nicht so groß ist wie in Deutschland.

Kamerad ging nun speziell auf die Schwierigkeiten Deutschlands ein und zeigte, wie schwer der wirtschaftliche Kampf der Arbeiterschaft ist. Durch die fortgesetzten Lohnverhandlungen, die der Arbeiterschaft leider keine Verbesserung ihrer wirtschaftlichen Lage gebracht haben und auch nicht bringen könnten, haben die übrigen Aufgaben der Organisation außerordentlich gelitten, insbesondere für Bildung und Schulung konnte wenig getan werden. Zur Zusammenhang damit wies auch der Redner sehr die Behauptungen der Unternehmerpreise zurück, dass die Bergarbeiterlöhne zu hoch und schwul an dem wirtschaftlichen Stand wären. Er zeigte vielmehr, dass daran einzige und allein die verfehlte kapitalistische Wirtschaftspolitik mit ihrem andauernd schwankenden Wechselschicksal schuld sei. Die Gewinnsucht in Unternehmertreinen lenkt keine Grenzen. Dies trifft insbesondere in der Zellstoffindustrie, in der chemischen, Bau- und Zementindustrie zu. Man sieht die Gewinne sehr oft dadurch zu verschleien, indem man eine erhebliche Verbreiterung des Kapitals vornimmt. Zum Schluss zeigte der Redner aber auch in überzeugungsvoller Weise, dass auch die Arbeiterschaft an den gegenwärtigen Verhältnissen nicht unfähig sei. Infolge der Zersplitterung, die durch die Rechtsabteilung verhängt wurde, hätte die Macht der Arbeiterschaft und ihrer Organisationen schwer gelitten. Täufende und Abtrauende von Arbeitern lesen keine Arbeitzeitung, sondern abonnieren die bürgerliche Presse, die zum größten Teil von Stinnes und anderen Reaktionären unterhalten wird. Hier müsste ein Wandel eintreten. Mit einem lebhaften Appell, den Nutz nicht suchen zu lassen, sondern weiter wie bisher für die Zielle und Beliebungen der Organisation zu kämpfen, schloss der Redner unter brausendem Beifall seinen Vortrag.

Hierauf sprach Kamerad Götz über die letzten Lohnverhandlungen. Er schätzte die Schwierigkeiten und Widderstände, die die Organisationen auch in Oberschlesien andauern zu überwinden haben. Bei den letzten Lohnverhandlungen ist den Organisationsvertretern vom Vorigen des Arbeitgeberverbandes zugemutet worden, überhaupt auf eine Lohn erhöhung zu verzichten. Da das selbstverständlich rückwärts abgelehnt wurde, einigte man sich nach langen Verhandlungen auf folgende Erhöhung: Bergbau 37,50 M., Metallhütten 32 M., Eisenhütten 29 M., Erzbergbau 31 M., Randgebiete 29 M.; dazu kommen noch 2 M. Kinder und 50 M. Haushaltsgeld. Die Verteilung der Löhne ist bereits erfolgt und steht den Betriebsleitern und Funktionären bald zu.

Die Aussprache über die beiden Referate war sehr kurz, da ein angenommener Schlussantrag der weiteren Diskussion ein Ziel setzte. Alle Redner äußerten sich in zustimmenden Sinne. Im Schlusswort wies Kamerad Hüsemann im Zusammenhang mit der Erörterung über den Kuchen an Lebensmittel und Bedarfssorten auf die Notwendigkeit hin, sich in den Genossenschaften zusammenzuschließen. Er forderte die überlässlichen Bergarbeiter auf, es ihren englischen Kollegen nachzutun, die eine starke Genossenschaftsbewegung geschaffen haben. Wenn es den englischen Bergarbeitern möglich gewesen sei, einen dreimonatigen Kampf mit den Unternehmern aufzunehmen, so haben sie das in erster Linie der Unterstützung zu danken, die ihnen ihre Genossenschaft zuteil werden ließ.

Noch der Mittagspause sprach Kamerad Franz über die Neuordnung der Verwaltung des Verbandes in Oberschlesien. Einleitend gab er einen Tätigkeitsbericht der Bezirksleitung im vergangenen Geschäftsjahr. Diese Tätigkeit war, wie aus dem Bericht hervorging, außerordentlich vielseitig und intensiv. Neben den vielen Verbindungen, die in Berlin mit den Ministerien, in Oberschlesien mit der Internationalen Kommission und mit der Unterkommission bei den deutsch-polnischen Wirtschaftsverhandlungen stattfanden, wurden 16 öffentliche Versammlungen, 143 Mitgliederversammlungen und 57 Belegschaftsversammlungen von der Bezirksleitung mit Referenten besichtigt. Betriebsräteversammlungen, an denen Organisationsvertreter teilgenommen haben, fanden 52 statt, Arbeitsgemeinschaftsitzungen 23, Arbeitgebersttingsungen im Hauptausschuss 14, Arbeitgebersttingsungen im Ausschuss 19, andere Sitzungen im Arbeitgeberverband (Lebensmittelfragen usw.) 9, besondere Verhandlungen mit den verschiedenen Grubenverwaltungen, insbesondere zwecks Einstellung von arbeitslosen Kameraden, 23, Schlichtungsausschüsstungen 31, Reibekonferenzen 2. Neben den bereits eingangs genannten Verhandlungen befand sich Bezirksleiter Franz in der überlässlichen Angelegenheit auch zwei Wochen in Genf. Agitationstouren durch Angeleitete wurde 212 ausgeführt. Flugschriften wurden 4 herausgegeben, Rundschreiben an die Ortsverwaltungen und Betriebsräte wurden 11 verfasst.

Die Mitgliederzahl blieb trotz der ungeheuren Drangsalierungen, die die Mitglieder des Verbandes in den verschiedensten Bezirken zu ertragen hatten, stabil. Gegenwärtig sind 21 949beitragzahlende Mitglieder vorhanden, darunter 230 weibliche.

Die Gesamteinnahme aus Beiträgen betrug 2 035 990,10 M. Davon gingen ab: an Ortsvergütung 289 583,95 M., an Bezirkvergütung 203 407,25 M. für Kranzleiteruntersuchungen wurden 162 284,90 M. aufgewendet. Die Arbeitslosen- und Gemahlsregelunterstützung war infolge des polnischen Terrors sehr hoch. Insgesamt wurden von der Organisation an Arbeitslosen- u. Gemahlsregelunterstützung 609 617,40 M. aufgezehrt. In dieser Summe sind selbstverständlich die Mittel nicht enthalten, die den Organisationen aus allgemeinen Mitteln nach dem Polenstreit zur Verfügung gestellt wurden. Der Gesamteinnahme steht einschließlich verschiedener anderer Ausgaben eine Gesamtausgabe von 1 329 983,75 M. gegenüber.

Hierauf setzte der Referent in längeren Ausführungen auseinander, dass es infolge der politischen Trennung des Landes und im Einstieg mit den Verhandlungen zwischen polnischen und deutschen Arbeiterschaften notwendig sei, eine Trennung bzw. Neuordnung der Verwaltung des Verbandes vorzunehmen. Er schlug vor, den bisherigen Bezirk in zwei Bezirke zu teilen. Die Abgrenzung der Bezirke erfolgt nach der zukünftigen Landesgrenze. Der polnische Bezirk nennt sich: Verband der Bergarbeiter Deutschlands, Bezirk Polnisch-Schlesien. Der polnische Bezirk erhält einen eigenen Bezirksleiter, der für die Agitation und alle übrigen Organisationsangelegenheiten in diesem Bezirk verantwortlich ist. Diese Trennung braucht erst nach drei Jahren vorzunehmen zu werden. Redner entschloss jedoch, schon jetzt mit dem 1. Juni die Trennung der Bezirke vorzunehmen.

Da die Aufgaben der Organisation in nächster Zeit sowohl im polnischen wie auch im deutschen Teil sich noch erheblich steigern werden, empfiehlt der Redner, um diese Aufgaben besser lösen zu können, auch eine Umstellung der Verwaltung in den Bezirken. Sowohl im polnischen als auch im deutschen Teil sollen Verwaltungen, beim Geschäftsstellen errichtet werden. Es werden im polnischen Teil zunächst in Katowitz, Königsberg und Danzig mit je einem befohlenen Geschäftsführer Geschäftsstellen errichtet. Im deutschen Teil erfolgt dasselbe in Hindenburg, Beuthen und Gleiwitz. Durch diese Neugliederung erwartet der Referent eine intensive Agitation. Er erhofft dadurch insbesondere eine engere Führungnahme zwischen Mitgliedern und Angestellten des Verbandes. Die technische Durchführung empfiehlt er der Bezirksleitung zu übertragen.

Über diesen Vortrag entwidete sich eine sehr lebhafte Diskussion, die sich verschiedenartig bis zur Feindschaft steigerte. Die Kameraden führten bei dieser Diskussion insbesondere lebhafte Diskussionen über den in letzter Zeit wieder eintretenden Terror durch die Polnische Verfassungsbehörde. Es wurde dabei lobend hervorgehoben, dass dieser Terror im Gegensatz zu den dergestrichenen Russen nicht mehr

von den Mitgliedern des polnischen Zentralverbandes gefürchtet werde. Aus allen Aussprüchen sprach die ganze Sorge, dass die Kameraden, die bei Deutschland verbleben, ihre Brüder in Politisch-Oberschlesien verloren. Einige Kameraden glaubten auch, dem Terror vielleicht dadurch entgehen zu können, wenn der Verband einen anderen Namen erhalten. Da zweifellos aber die Umbenennung des Verbandes mit den besonderen Vereinbarungen in Genf im Widerspruch steht, andererseits die polnischen Organisationen darin nur eine Durchführung der Bergarbeiter erwidern würden, so ließen sich die Kameraden von der Unmöglichkeit ihrer Entschließung überzeugen. Hierauf wurde die Abstimmung über folgende Entscheidung vorgenommen:

Die am 30. April 1922 in der "Reichshalle" in Katowitz tagende Reiterkonferenz der Betriebsleute und Betriebsräte des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands erhebt den schärfsten Protest gegen die Versuche, die Bergarbeiter in ihren befreiden Rechten einzufangen. Die ungünstige wirtschaftliche Lage ist keine Folge zu weit gehender Sozialpolitik, insbesondere der verfehlten Arbeitszeit, sondern die Folge der verfehlten und verfehlten internationalen imperialistisch-kapitalistischen Wirtschaftspolitik. Die Konferenz fordert die Organisationsleitung auf, den Bestrebungen der Regelung, die befreiten Rechten einzufangen, den schärfsten Widerstand entgegenzusetzen. Der Preiswucher muss auf das entschiedenst bekämpft werden. Die Konferenz erklärt, dass die erreichten Lohn erhöhungen nicht der gesunkenen Haftpflicht des Geldes und der Teuerung entsprechen. Sie erkennt jedoch an, dass es unter den gegenwärtigen Verhältnissen nicht möglich wär, mehr durchzusetzen.

Tätigkeit und Haltung der Bezirksleitung entsprechen dem Willen der Betriebsleute und Funktionäre des Verbandes. Die Konferenz fordert daher der Bezirksleitung ihr Vertrauen aus. Dem Antrage der Organisationsleitung über die Neuordnung des Verbandes stimmt die Konferenz zu.

Die Annahme erfolgte einstimmig. Herzogeboren zu werden verhindert hierbei insbesondere, dass die gesamten Funktionäre an der Sitzung der Bezirksleitung nichts wesentliches auszusetzen hatten und ihr einstimmig das Vertrauen ausgesprochen wurde. Ein erfreulicher, leider seliner Bergang in der heutigen Zeit.

Im Anschluss daran wurden sofort die Wahlen für die beiden Bezirksvorstände vorgenommen. Bezirksleiter im polnischen Teil ist Kamerad Röhm. In den Bezirksvorstand wurden außerdem gewählt die Kameraden Maierwald, Schiebel und Bütschka. In den Betriebsräteverein wurden delegiert die Kameraden Wirsching, Mandla, Majowski und Sledziona. Da nach dem Statut auch zwei Kameraden aus dem Betriebsräteverein dem Bezirksvorstand angehören müssen, wurden die Kameraden Majowski und Sledziona in diesen gewählt. Im deutschen Teil bleibt die Bezirksleitung wie bisher. In den Bezirksvorstand wurden die Kameraden Schäffer, Cipolla und Kupala delegiert. Den Betriebsräteverein bilden die Kameraden Pischka, Mynel, Strahlow und Tunt. Pischka und Strahlow gehören außerdem ebenfalls dem Bezirksvorstand an.

Als Delegierte zum Internationalen Bergarbeiterkongress wurde für den polnischen Teil Kamerad Majowski, als Stellvertreter Mandla, zum Gewerkschaftskongress Kamerad Röhm und als Stellvertreter Kamerad Cipolla gewählt. Aus dem deutschen Bezirk Jahren Cipolla zum Internationalen Bergarbeiterkongress und Kamerad Pischka zum Gewerkschaftskongress, deren Stellvertreter Clement und Röhm sind. Als Mitglied des Hauptausschusses beim Bergarbeiterverband wurde Kamerad Wirsching wieder bestätigt, ebenso sein Stellvertreter Mandla. Im Hauptausschuss singt wieder Kamerad Dylong; sein Stellvertreter ist Kamerad Sledziona.

Unter "Beschließen" wurden verschiedene Verbandsangelegenheiten besprochen. Ein Antrag, der dem Vorstand beigebracht, mehr für die Bildung der Mitglieder in Oberschlesien zu tun und ebenso volkswirtschaftliche Kurie einzurichten, wurde dem Vorstand überwiesen. Ein weiterer Antrag, die "Bergarbeiter-Zeitung" in Oberschlesien in polnischer Sprache erscheinen zu lassen, wurde vorläufig zurückgezogen.

Damit war die Tagesordnung erledigt. Kamerad Franz hob in seinem Schlusswort die Denkwürdigkeit dieser Konferenz hervor und forderte in ansteuernden Worten die Kameraden zu neuem Mut und neuem Kampf auf. Mit einem begeistert aufgenommenen Hoch auf die altehrwürdige Kampforganisation nahm die sehr harmonisch verlaufene Konferenz ihr Ende.

Berbandsnachrichten.

Kameraden! Mit dieser Nummer ist der Beitrag für die 19. Woche (vom 7. bis 13. Mai) fällig. Wir bitten alle Kameraden um pünktliche Zahlung der Beiträge.

Infolge der starken Preiserhöhung sehen wir uns gezwungen, die Gebühr für die Ausstellung von Erstausgaben für verläng